

## Diskussionspapier

# Überlegungen zu einer Sprachenpolitik in den Wissenschaften

### 1) Ausgangspunkt

Offenheit gegenüber dem Neuen, Pluralität der Denkansätze, Diversität, Toleranz und interkultureller Anspruch sind Voraussetzung jeder wissenschaftlichen Tätigkeit. Forschung und Lehre sind daher in besonderer Weise berufen, als treibende Kraft für Internationalisierung zu wirken.

Deutschlands Hochschulen und Forschungseinrichtungen stellen sich dieser Herausforderung. Sie engagieren sich auf internationaler Ebene und übernehmen in ihrer Forschungstätigkeit Verantwortung für die großen Herausforderungen der Moderne. Sie sind aktiv in internationalen Netzwerken und organisieren sich in Partnerschaften mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der ganzen Welt. Sie fördern den internationalen Austausch und bieten entsprechende Förderprogramme zur Unterstützung für einen erfolgreichen Austausch und für Studien- und Forschungsaufenthalte in Deutschland an.

Ein fester Bestandteil dieser Internationalität war bisher die Akzeptanz einer europäischen und auch globalen Mehrsprachigkeit, wobei die englische Sprache für die internationale Wissenschaftskommunikation eine dominante Rolle gewonnen hat. Neuerdings ist jedoch zu beobachten, dass öffentliche wie private Hochschulen in Deutschland das Englische zunehmend als einzige Sprache auf sämtlichen Ebenen der Kommunikation einführen. Das geht so weit, dass Veranstaltungen zur Vermittlung verpflichtender Lehrinhalte bis hin zu ganzen Studiengängen nur noch in englischer Sprache und nicht mehr in der Landessprache angeboten werden.

Andererseits könnten neue technologische Möglichkeiten, wie z.B. leistungsfähigere maschinelle Übersetzungssysteme, dazu führen, dass Studienangebote sich zwar noch im Rahmen einer nationalstaatlichen Hochschulgesetzgebung vollziehen, aber im Übrigen von äußeren Bedingungen bis hin zu einer vom Studienstandort vorgegebenen Sprache unabhängig sind und auf diese Weise Mehrsprachigkeit im Sinne der Bologna-Erklärung<sup>1</sup> wieder zum Zuge kommen könnte.

Die Themen Landessprache in der Wissenschaft, Englisch als *lingua franca* und Vielsprachigkeit in dem weltweiten System der Hochschulen sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der Zukunft müssen deshalb – auch mit Blick auf deren gesellschaftliche Einbettung – Gegenstand offener und gestaltender Diskussionen sein. Diese müssen in der Autonomie der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen selbst, aber auch in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Allgemeinen geführt werden.

Mit den folgenden Überlegungen sollen hierzu Anstöße und Forderungen in die Diskussion und die politische Agenda eingebracht werden, ohne damit einen Anspruch auf Vollständigkeit oder abschließende Antworten zu verbinden.

## 2. Kritische Folgen einer Reduktion auf eine wissenschaftliche Einheitssprache Englisch

Während der Gebrauch des Englischen etwa im Publikationswesen für den weltweiten Wissensaustausch in bestimmten Disziplinen erfolgreich etabliert ist, stößt der Rückzug auf das Englische als ausschließliche Sprache von Forschung und Lehre im Sinne einer so genannten „Internationalisierung im Inland“ immer wieder auf Kritik (z.B. HRK 2011, WR 2018):<sup>2, 3</sup>

- Wenn Diversität untrennbar zur wissenschaftlichen Rationalität gehört, negiert die Wissenschaft ihre eigenen Propositionen, wenn sie die Diversität der Sprachen ignoriert. Da Sprache nicht nur ein Werkzeug der Kommunikation ist, sondern auch eine gnoseologische (erkenntnisleitende) Dimension besitzt (Ehlich 2007), wird durch sprachliche Verengung auch der Erkenntnishorizont eingeengt.<sup>4</sup> Es ist deshalb auch im allgemeinen wissenschaftlichen Interesse, dass es eine Vielfalt der Sprachen in der Wissenschaft gibt und auch das Deutsche als Wissenschaftssprache gepflegt, erhalten und stark gemacht wird.
  - Die vorrangige oder gar ausschließliche Verwendung des Englischen in der Wissenschaft würde Denktraditionen nicht-anglophoner Sprachräume ausblenden und interkulturelles Verständnis erschweren. Jedoch muss auch jenes Wissen, das in anderen Sprachen als der englischen dokumentiert ist, sowohl im internationalen wissenschaftlichen Austausch als auch in der primären grundständigen wissenschaftlichen Arbeit erhalten bleiben.<sup>5</sup>
  - Tendenzen, dass Ausbildungsinhalte reduziert werden, weil z.B. Quellenmaterial nicht in englischer Sprache zur Verfügung steht (wie Bauverordnungen im Ingenieurwesen oder Gesetze) oder dass Betriebspraktika aus sprachlichen Gründen entfallen, dürfen nicht Platz greifen.<sup>5</sup> Die Qualitätsmaßstäbe in einem Studium müssen sich an den theoretischen und praktischen Anforderungen des Studieninhaltes und des angestrebten Studienabschlusses orientieren, nicht an den fremdsprachlichen Voraussetzungen der Studierenden und der Dozierenden (linguistische Analyse einer naturwissenschaftlichen *Lingua-franca*-Vorlesung siehe Thielmann 2020).<sup>6</sup>
  - Wenn Gaststudierende sowie Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler die Landessprache nicht in ausreichendem Maße beherrschen, laufen sie Gefahr, sozial und kulturell ausgegrenzt zu werden und meist unter sich zu bleiben.<sup>7</sup> Dabei sollten doch gemeinsames Zusammenleben sowie Teilhabe und darauf aufbauende neue Erfahrungen das Ziel sein.
  - Erwerben Studierende während des Studiums insbesondere nicht die nötigen deutschen Fachsprachkenntnisse, können sie auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum Fuß fassen, obwohl sie dort benötigt werden (SVR 2015).<sup>8</sup> Es wäre widersinnig und eine Fehlinvestition gegen die eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen, wenn internationale Studierende in Deutschland erfolgreich einen wissenschaftlichen Abschluss erreichen, aber das Fehlen der für eine Berufsperspektive in Deutschland erforderlichen sprachlichen Voraussetzungen sie zum Verlassen des Landes nötigte.<sup>8</sup> Auch die hohen Studienabbruchquoten bei den internationalen Studierenden sind in diesem Zusammenhang zu thematisieren, welche in empirischen Studien u.a. auf mangelnde sprachliche Integration zurückgeführt wurden.<sup>9</sup>
-

- Auch für den Fall, dass nach einem Studium keine Berufstätigkeit in Deutschland angestrebt wird, liegt der Erwerb von mehr oder minder umfangreichen Kenntnissen der deutschen Sprache im Interesse Deutschlands – als Grundlage für nachhaltige kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Vernetzungen.
- Wissenschaftskommunikation einschließlich einer dafür „vorbildlichen“ akademischen Lehre ist nicht nur Bedingung für den inner- und interdisziplinären Fachaustausch, sondern auch für den reziproken Austausch mit der Politik und einer zur Wissensteilhabe bereiten Öffentlichkeit. Dabei geht es weniger darum, Ergebnisse unidirektional zu erklären, als sich beidseits auf die kommunikativen Bedürfnisse und Stile der jeweils Beteiligten einzustellen. Wenn Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die einen öffentlichen Sicherstellungsauftrag zu erfüllen haben, die Landessprache und damit deren Fachterminologien aufgeben, tragen sie dazu bei, die Entfremdung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft voranzutreiben und wissenschaftsfeindliche Einstellungen zu befördern.<sup>5</sup>

### 3. Lösungsansätze

Die Erweiterung des Erkenntnishorizonts, die gesellschaftliche Integration der Wissenschaft und aller ihrer Akteure, die Erlangung interkultureller Kompetenz und die europäische Idee gebieten Sprachkonzepte, die – disziplin- und kontextabhängig – jenseits der *Lingua franca* Englisch insbesondere auch die jeweilige Landessprache berücksichtigen. Das Erlebnis von Verschiedenheit sollte endlich als einzigartiger Standortvorteil Europas und idealerweise Deutschlands als des EU-Mitglieds mit den meisten Nachbarsprachen begriffen werden. Das Thema Sprachenpolitik in den Wissenschaften ist ein gesamteuropäisches Anliegen und darf keinesfalls politischen Kräften überlassen werden, die es für die Propagierung nationalistischer Ideologien missbrauchen.

Wir brauchen ein Bewusstsein dafür, dass die Beherrschung weiterer Fremdsprachen neben dem Englischen einen kognitiven Mehrwert mit sich bringt und auf einem internationalen Bildungsmarkt, auf dem sich leider ein vereinfachtes Einheits-Englisch durchgesetzt hat, eine wertvolle Zusatzqualifikation darstellt.

#### **Folgende Maßnahmen könnten einen Politik- und Bewusstseinswandel einleiten:**

- Steuerfinanzierte Studiengänge in einer Fremdsprache (insbesondere auf Englisch) sind möglich, soweit es fachlich gleichwertige in der Landessprache gibt.
  - Nicht-deutsche Muttersprachler werden (in sämtlichen Fächern) durch verpflichtende Sprachmodule und zunehmenden Deutschanteil während des Studienverlaufs an die deutsche (Fach-) Sprache herangeführt.
  - Alle Studierenden müssen im Hinblick auf die Fähigkeit zur englischsprachigen internationalen wissenschaftlichen Kommunikation gefördert werden. Hochschulen, die eine besondere Profilbildung anstreben (spezielle Studiengänge zur Vorbereitung auf Tätigkeiten im anglophonen Ausland) können weitergehende Angebote machen.
  - Je nach Fachdisziplin kommen außer Englisch auch andere Fremdsprachen als zusätzliche Sprachen für eine besondere Förderung in Frage.
-

- Wo immer möglich, ist in Forschung und Lehre auch das Prinzip der rezeptiven Mehrsprachigkeit zu fördern.
  - Die Leistungen maschineller Übersetzungssysteme bieten neue Chancen. Die Erfahrung kultureller Diversität und des grundständigen sozialen Erlernens einer fremden Sprache sind jedoch weiterhin zu fördern, da maschinelle Systeme diese nicht ersetzen können.
  - Die Erhöhung der Mittel für das Erasmus-Programm in der neuen Planungsperiode um fast 90 Prozent eröffnet zusätzliche Möglichkeiten, die nun auch mit Blick auf die Erhöhung der Sprachenkompetenz intensiv zu bewerben und zu nutzen sind.
  - Zur Förderung des internationalen Austausches muss es insbesondere möglich werden, große Teile des Studiums im Ausland zu absolvieren, um sich – anders als im Erasmus-Programm – gänzlich in die Lehr- und Lerntraditionen, die Kultur, die Gesellschaft und die Sprache des Gastlandes zu integrieren. Dazu bietet sich ein „Nachbarschaftsansatz“ an, in dem Partnerhochschulen diesseits und jenseits von Grenzen ihre Curricula inhaltlich jeweils so aufeinander abstimmen, dass während des Studiums keine Zeitverluste entstehen.
  - Eine „Europäische Digitaluniversität“ kann nach geltendem Recht nicht in Trägerschaft der EU entstehen. Aktuell ist sie als EU-weites mehrsprachiges Partnerschafts-Netzwerk bereits etablierter Hochschulstandorte und bereits bestehender „Europa-Universitäten“ zu konzipieren.
  - Bei nationalen, mit öffentlichen Mitteln geförderten Tagungen, namentlich solchen, die sich auch an ein Laienpublikum wenden (wie z.B. zahlreiche vom BMBF ausgerichtete Veranstaltungen), ist Deutsch, ggf. mit Simultanverdolmetschung, ausdrücklich zuzulassen.
  - Die Diskussionen über Wissenschaftskommunikation (z.B. BMBF-Grundsatzpapier November 2019, BFT-Ausschuss Juli 2020) müssen endlich auch die Sprachenfrage thematisieren. Wenn das BMBF von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern immer wieder fordert, ihre Arbeit der Öffentlichkeit verständlich zu erklären und diese Aufgabe nicht allein dem Wissenschaftsjournalismus zu überlassen, muss es die Rolle der Landessprache hierfür anerkennen. In einem ersten Schritt muss das BMBF dafür sorgen, dass die ihm direkt zugeordneten Forschungseinrichtungen (z.B. der Helmholtz-Gemeinschaft) bis hin zu den einzelnen Arbeitsgruppen in Internet-Auftritten oder Jahresberichten sich gegenüber der nichtfachlichen Öffentlichkeit auch in deutschsprachigen Versionen präsentieren. Dasselbe gilt etwa auch für Bundesoberbehörden.
  - Damit auch wissenschaftliche Originalpublikationen mit kulturellen, regionalen oder Anwendungs-Bezügen sowie Monographien honoriert werden, muss eine mehrsprachige Publikationsdatenbank auf EU-Ebene geschaffen werden, die von den privatwirtschaftlichen US-amerikanischen Zitationsindices unabhängig ist.
  - Die Regierungen von Bund und Ländern wie auch die Spitzenorganisationen der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen in Deutschland und in Europa sind aufgefordert, sich intensiv mit der Entwicklung von Wissenschaftssprachen auseinanderzusetzen und Mindestanforderungen an die Sprachenvielfalt und Förderung von Mehrsprachigkeit zu definieren. Die Erhaltung und die Pflege der Wissenschaftssprache Deutsch ist vor diesem Hintergrund eine ureigene Aufgabe der deutschen politischen und wissenschaftlichen Institutionen. Das Thema muss Gegenstand parlamentarischer Beratungen in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sein.
-

**Literatur:**

1. Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, Bologna (1999).
2. Hochschulrektorenkonferenz (2011), Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen. Empfehlung der 11. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 22. 11. 2011.
3. Wissenschaftsrat (2018), Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen, S. 83-87.
4. Ehlich, K. (2007), Medium Sprache. In: Ehlich, K. (Hrsg.), Sprache und sprachliches Handeln, Band I, S. 151-165. De Gruyter, Berlin, New York.
5. Münch, U., Mocikat, R., Gehrman, S., Siegmund, J. (Hrsg.) (2020), Die Sprache von Forschung und Lehre: Lenkung durch Konzepte der Ökonomie? Nomos, Baden-Baden.
6. Thielmann, W. (2020), Sprachliche Voraussetzungen einer europäischen Wissenschaftsbildung. In: Pelikan, K., Roelcke, T. (Hrsg.), Information und Wissen – Beiträge zum transdisziplinären Diskurs. S. 241 ff. Peter Lang, Berlin.
7. Fandrych, C., Sedlaczek, B. (2012), I need German in my life. Eine empirische Studie zur Sprachsituation in englischsprachigen Studiengängen in Deutschland. Stauffenburg-Verlag, Tübingen.
8. Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015), Zugangstor Hochschule. Internationale Studierende als Fachkräfte von morgen gewinnen.
9. Dömling, M., Pasternak, P. (2015), Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler Hochschulabsolventen in Deutschland. HoF-Handreichungen 7, Beiheft zu „Die Hochschule“; Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg.

**Das Diskussionspapier „Überlegungen zu einer Sprachenpolitik in den Wissenschaften“ entstand im Juni 2021 in enger Abstimmung mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung aus allen Bundestagsparteien (außer der AfD) und auf Anregung des damaligen Ausschussvorsitzenden Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD).**

---